

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Tageszeitung: Riesaer Tageblatt, Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kriminalbehörde beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1534  
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 242.

Dienstag, 16. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorwagazierung, für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 1923 Millionen Wt. einheitlich. Bringerlohn. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Silben) 120 Wt.; die 20 mm breite Reklameseite 400 Wt.; zentraler und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Seitenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenabschluszahl. Eine Taxe. Gewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontakt gerät. Auslagerungs- und Erfüllungsort: Riesa. Aktiengesellschaftsbeiträge, "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlags-, oder der Versicherungsanstalt — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenstellen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schlüsselzahl: 600000.

## Die Schaffung der Rentenmark.

### Eine Zwischenlösung der Währungsfrage.

■ Berlin. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer Deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank ausgebenden Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen wird.

Die Rentenmark ist gesichert durch aus Goldmark laufende erkräftige Grundsäule auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erkräftige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einzubarren gegen vergünstigte Goldrentenbriefe.

Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmah an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.

Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Auferstehung der Rentenbanksscheine, die die Unterschriften dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die Deutsche Rentenbank wird dem Reich eine Zahlungsmittel in Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenbank wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reichs einstellen. Dadurch wird die Inflationsdauer der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Befriedung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um bald möglichst viel wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Säulen der Goldanleihe (1, 2 und 5 Dollars) bis zum Be-

troge von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar nächsten Jahres die kleinen Goldanleihecheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlageparier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden. Diese von der Reichsregierung heute beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann.

### Neues Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche.

Über das Währungsgesetz will der Berl. Lokalanz. folgende Einzelheiten wissen: Das neue Geld soll in Scheinen von 1, 2, 3, 5, 10, 50, 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben werden. Kleine Stücke in Platten sollen geprägt werden, und zwar aus einer Mischung von Aluminium und Nickel. Sowohl der Druck der Scheine als auch die Prägung der Scheidemünzen ist bereits im Gang. Voraussichtlich wird das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden. Die neue Rentenbank wird als Leiter einen Präsidenten haben, der bis zur Stunde jedoch noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat wird aus 14 Mitgliedern bestehen. Die Errichtung der Rentenbank soll noch in dieser Woche erfolgen.

Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern. Dafür sollen das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitsbeschaffungsamt den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes sind bereits die Erstellungen der Steuern auf Goldberechnung erfolgt, die Demobilisierungsverordnung zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmungen geändert und die Grundlage für durchgehende Einschränkungen der Ausgaben geschafft. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung fortfahren.

### Die Stilllegung der Außenpolitik.

Es ist eine Tatsache, die man beklagen kann, die man aber anerkennen muß, daß die durch das Ermächtigungsgesetz auf eigene Faute gestellte Reichsregierung ihre Außenpolitik zunächst fast ausschließlich den Verhältnissen im Innern zuwenden muß. Grundsätzlich wird durch diesen Anfang der Verhältnisse allerdings nichts geändert, denn die Außenpolitik, die dem Deutschland der Nachkriegszeit noch verblieben ist, bestand ja im wesentlichen im Ablassen von Noten und Protesten, die in dem großen Pariser Papierkoffer zum größten Teil unbedeutend zu verschwinden pflegten. Die kurze Zeitspanne, in der man verucht hat, politisches Wollen durch entsprechende Handlung zu umsetzen, der Gesichtsabschnitt des passiven, also positiven Widerstandes, ermutigt in ihrem Erfolg vorläufig nicht zu Wiederholungen.

Frankreich scheint die Absicht zu haben, Deutschland augenblicklich seinen inneren Sorgen zu überlassen und zwar in der Hoffnung, durch Besperrung des Verhandlungsvertrages und betonte Nichtanerkenntnung der deutschen Regierung autorität die Kritik im Innern des Reichs noch zu verstärken. Diese Politik des Bühnens wirkt sich naturngemaß in erster Linie in den von Frankreich gewünschten Besiegungsergebnissen auf das besetzte Gebiet aus. Wie eine Wunde schwärzt die Krieger im Westen am deutschen Volkskörper. Der Kampf ist abgebrochen, der Friede wird, genau wie im Jahre 1918, hinausgezögert, um die Leiden des Unterlegenen zu steigern. So ergeben sich denn die an sich nicht gerade erfreulichen Tatsachen, daß Privatheit, wenn auch im engen Einvernehmen mit den Leitern der Reichspolitik, mit den Befreitem der Einbruchskräfte in Verhandlungen treten müssten.

In England wird diese von Frankreich geforderte Stilllegung der Außenpolitik natürlich äußerst unangenehm empfunden. Die Rede Lord Curzon vor der britischen Reichskonferenz ist für die Stimmung Großbritanniens kennzeichnend. Die Pariser Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin, die angeblich eine Entspannung gebracht hat, läßt für England gerade dort die Erkennung vermissen, wo Englands Interesse in Frage steht. Zwischen Poincaré und Baldwin war abgemacht worden, daß Frankreich auf jeden Verlust zur Sicherung Deutschlands verzichtet, daß es insbesondere die Separatistenbewegung im Rheinland nicht unterstutzt und im übrigen England an dem Ruhrkampfe beteiligt. Nichts davon ist bisher geschehen. Die französische Politik hat im Gegenteil mit verstärkter Kraft verucht, das morsche Reichsgebäude in allen Grundfesten weiter zu erschüttern. Die offene Begünstigung der Separatistenbewegung im Rheinland, die öffentlich gefälschten Meldungen über die Tüftedorfer Zusammenkünfte, bedeuten einen herausfordernden Bruch der Pariser Abmachungen. Es ist daher anzunehmen, daß von England Seite her wieder etwas Bewegung in die stillgelegte Außenpolitik gebracht wird. Falsch wäre es natürlich, in immer wieder enttäuschter Hoffnung auf Großbritannien zu hoffen. Viele Georges Anteilung an die Vereinigten Staaten zu gemeinsamem Vorgehen ist fühlbar ausweichend beantwortet worden. Für England kommt es in erster Linie darauf an, die positive Seite der Pariser Abmachungen zu erwischen, d. h. einen Bogen für die gemeinsame Aus-

beutung des Ruhrgebietes zu finden. Daß Frankreich im Übrigen stets betont wird, daß es an eine Rechtfertigung Deutschlands nicht denkt, ist selbstverständlich. Ebenso lebhaft wie seine Beteuerungen werden aber seine Behauptungen in entgegengesetzter Richtung sein.

### Die Einweihung der neuen Minister.

■ Dresden. Die Einweihung der neuen Minister erfolgte am Sonnabend vormittag. Dabei verabschiedeten sich der Wirtschaftsminister Helle und mit einer Dankesrede von den Beamten seines Ressorts und bat sie, dieselbe Gewissenhaftigkeit, die sie während seiner Amtszeit geübt haben, auch seinem Ventschafot, dem Herrn Minister Heder, gegenüber über zu wollen. Ministerpräsident Dr. Seigner brachte dem ihm überreichten Minister den Dank und die Anerkennung des gesamten Ministeriums für sein Streben, dem Ganzen zu dienen, aus.

Der neue Wirtschaftsminister Heder gab in seiner Ansprache der Hoffnung auf treue Mitarbeit Ausdruck, damit nunmehr der Verlust des Abstiegs eine Verlängerung des Aufstiegs folgen kann. Ministerialdirektor Dr. Hübner versicherte, daß die Beamten und Angestellten dem neuen Minister ebenso gewissenhaft dienen und alle Kräfte in den Dienst des Volkes stellen werden, wie sie es bisher getan haben.

Die Einweihung des neuen Finanzministers Böttcher fand im Finanzministerium statt, wobei Ministerpräsident Dr. Seigner u. a. ausführte: Ich möchte an dieser Stelle dem Schweidenden Kollegen Heidt den herzlichsten Dank für die Arbeit aussprechen, die er nicht nur uns, sondern dem Staat und dem Volk geleistet hat. Im Namen der sächsischen Regierung bitte ich Sie dringend, jede Arbeitskraft, alle Ihre Fähigkeiten für das Wohl des Staates einzufügen, damit es uns gelingt, was in der gestrigen Regierungserklärung ausgeführt ist, das Volk in eine bessere Zukunft hinüber zu führen. Die Mitarbeit aller ist dringend notwendig, und ich erbitte Sie von Ihnen auch gegenüber unserem neuen Kollegen. Bedenken aus anderer politischer Einstellung könnten nicht anerkannt werden. Sie können nicht politisch anerkannt werden, weil in dieser schweren Zeit politische Meinungsverschiedenheiten zurückzuhalten sind. Sie können auch menschlich nicht anerkannt werden, dazu sind die uns bedrohenden Gefahren zu groß. Nochmals bitte ich Sie, alle Ihre Kräfte Staat und Volk zu widmen.

Der neue Finanzminister Böttcher erklärte, mit den alten Methoden kommen wir sicher nicht aus dem gegenwärtigen Chaos heraus. Es müssen neue Wege gegangen werden. Keine Initiative, komme sie von unten oder von oben, darf gehemmt, sondern jede Initiative muss und wird begüßt werden. Wer sich mit allen seinen Kräften in den Dienst des Volkes stellt, wird ein willkommener Mitarbeiter sein. Jeder aber, der Hemmungen veranlaßt, wird nicht als Mitarbeiter betrachtet. Auch passive Zuschauer können und werden wir nicht dulden. Die Regierung wird nicht etwa nur eine Kündigung sein; denn sie rüstet sich auf die positiven Kräfte der Arbeit, jener geschichtlich vorwärts strebenden Kräfte, die die Zukunft der deutschen Nation verbürgen. Notwendig ist, daß sich auch die Beamten in die Front der proletarischen und republikanischen Verteidigung stellen. In diesem Sinne bitte ich um Zusammenarbeit.

### Die sächsische Regierung gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften.

Die sächsische Regierung erklärt eine Erklärung, in der sie gegen das vom Wehrkreiskommando IV angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, sie habe gegen das Verbot grundsätzliche Bedenken, weil „die Verhältnisse und die Entwickeltheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Unrechte zu verteidigen, nicht bestritten werden können“. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin ernstlich aussprechen.

Wie gemeldet wird, betrachtet die Reichsregierung das Verbot der proletarischen Hundertschaften in Sachsen durch den Beschluß des Wehrkreiskommandos IV als rechtmäßig. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung in Sachsen aufrechterhalten bleiben. Rücksicht werde sie dies durch Verstärkung der Wehrmacht zu erreichen suchen.

### Die Kommunisten gegen die sächsische Regierung.

■ Dresden. Unter der Überschrift „Ein unerhörter Stand“ wendet sich der kommunistische „Kämpfer“ gegen die Meldung der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei zur Abstimmung Sachsen über das Ermächtigungsgesetz im Reichsrat und schreibt: „Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ist ein unerhörter Stand und ein noch größerer ist die sächsische Regierung. Weit nämlich, so argumentiert die sächsische Regierung, ihr bekannt war, daß die Reichsregierung mit dem Ermächtigungsgesetz keinen Nutzen merke, deshalb habe sie diesem Gesetz zugestimmt. Also, um die große Koalition zu retten, die man zu bekämpfen vorgibt, nimmt man einem Schundgesetz zu, das den Arbeitern und Angestellten die letzten Rechte nehmen will. Für diese Unrechte kann man nur dankbar sein. Kein Wort ist klug genug, um dieses Verhalten der bisherigen sächsischen Regierung zu brandmarken, die noch auf ihrem Sterbebett zusagen nichts besseres zu tun wußte, als den Heimatlosen der Arbeiterklasse liebendienste zu erweisen. Dieser Vorgang ist geeignet, das größte Mißtrauen der Arbeiterschaft wachzuhalten. Wir erwarten von unseren Genossen in der neuen Regierung, nachdem sie jetzt über alle Regierungsmassnahmen mit zu entscheiden haben, daß sie dogmatisch Protekt einlegen und derlei Sprüche der Regierung in Zukunft unter allen Umständen verhindern.“ Auch das „Dresdner Volksblatt“, das trotz des Verbotes des Wehrkreiskommandos weiter erichtet, weicht sich in ähnlichen scharfen Worten über die Haltung der sächsischen Regierung aus.

### Gewerkschaften und Brotpreis.

Die plötzliche, unerwartet starke Erhöhung des Brotpreises, die gekenn in Kraft getreten ist, hat in gewerkschaftlichen Kreisen große Beunruhigung hervorgerufen. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften sind deshalb zu das Reichsnahrungsministerium und Reichsarbeitsministerium herangetreten. Der Reichsarbeitsminister hat gestern noch mittag die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände zur Befreiung dieser Frage empfangen.

### Die Plünderungen und Nahrungsmittelunruhen werden fortgesetzt.

■ Dresden. Gestern vormittag fanden Zusammenkünfte vor und in der Markthalle am Antoniplatz statt. Ein Zusammenschluß wurde angekündigt. Die Polizei löste darauf gegen 12 Uhr die Halle, die danach auf eine Viertelstunde geschlossen wurde.

■ Leipzig. Gestern vormittag sammelten sich wiederum um die Markthalle größere Menschenmengen an. Die Demonstration nahm einen bedrohlichen Charakter an, so daß gegen Mittag die Markthalle und der Antoniplatz durch verstärkte Polizeiaufmarsch geräumt werden mussten. Auch gestern kam es an verschiedenen Stellen zu Plünderungen von Bäckereien.

■ Berlin. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Plünderungen von Bäckereien. Außerdem mußte die Polizei an verschiedenen Stellen Zusammenstöße von mehreren Tausend Menschen zerstreuen und teilweise dabei mit außergewöhnlichem Gewaltmaß vorgehen. Tot oder Verwundete sind bisher nicht gemeldet.

■ Mannheim und in Köln. Gestern Vormittag hundert Erwerbslose zogen zum Gewerkschaftshaus und von dort zum Rathaus. Eine Auseinandersetzung begab sich zu Verhandlungen ins Rathaus. Die Demonstranten umlagerten das Gebäude, dessen Türen eingeschlagen wurden, hielten die Straßenbahnen an und zwangen alle Fahrgäste, auszusteigen. Darauf schreit die Polizei zur Auflösung der verbotenen Zusammenkunft und zur Räumung des Platzes, was ohne Zwischenfälle vor sich ging. Ein Teil der Demonstranten begab sich über die Friedrichstraße noch dem Platz in der Nähe, dort unter dem Schutz der Polizei vor dem polizeilichen Einschreiten sicher zu sein. Vom Platz zog die Menge zur Mittelstraße und plünderte dort die Filiale eines Warenhauses und mehrere Fahrwerke mit Lebensmitteln. Die Polizei schritt gegen die Plünderer ein. Die Zusammenstöße haben zwei Todesopfer gefordert. Ein Oberwachtmeister wurde durch einen Schuß aus der Menge schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Auch ein Arbeiter erhielt eine tödliche Schußverletzung.

**Köln.** In Köln-Mall kam es gestern zu Plünderungen. Als die Polizei eingriff, wurde sie von der Menge mit Steinen usw. beworfen, auch soll ein Schuh gefallen sein. Hierauf machte die Polizei von der Waffe Gebrauch, wobei eine Person getötet und eine zweite verletzt wurde.

#### Reichsminister Töllmann in Köln.

Der Reichsminister des Innern Töllmann ist gestern in einer Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter der besetzten Gebiete in Köln eingetroffen, um sich persönlich über die Lage vor der Rheinländer zu unterrichten, die in den letzten Tagen zu schweren Ausbrüchen der Volksdemonstration in mehreren Rheinstädten geführt hat. Er erklärte dem Vertreter der „Rheinischen Zeitung“, daß die Reichsregierung die Vorfälle im besetzten Gebiete mit der höchsten Aufmerksamkeit verfolge. Beide seien durch die Abwehrschlacht verspätet erfolgt und die Regierung der französischen Regierung keinen Reichskommissar für das besetzte Gebiet auszulassen, habe die Schwierigkeiten gesteckt. Am Sonntag haben in Berlin zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Braun, der ebenfalls Rheinländer ist, und den Vertretern der Länder Begehrungen über eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stattgefunden. Den Erwerbslosen der besetzten Gebiete wird durch solartige Aufschüsse geholfen werden. Die Reichsregierung wird fortfahren, mit den Besatzungsbehörden Verhandlungen über die Angangsetzung des Wirtschaftsbetriebs im Ruhrgebiet anzustreben. Ferner wird die Reichsregierung indirekt ihren Einfluß geltend machen, damit die eisne blühende Wirtschaft sich wieder erholt.

#### Die Lage im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird u. a. mitgeteilt: Bei einem Besuch des Reichsverkehrsministers an die Eisenbahnen im besetzten Gebiet steht, daß von deutscher Seite alles getan wird, um eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Wie aus Kreisen der Eisenbahngewerkschaften verlautet, werden auch diese ihren ganzen Einfluss ausüben, damit die allgemeine Arbeitsaufnahme sich möglichst schnell und reibungslos vollzieht. Eine grundlegende Veränderung der Lage ist allerdings nur möglich, wenn der Güter- und Personenverkehr wieder auf den Stand vom 11. Januar d. J. gebracht wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regie, einstweilen nur den Verkehr auf den trockenen Ost-West-Strecken zu verstärken. Da dies nach heutiger ländernder Wirtschaftsschafft nicht genügt, ist kontrakt worden, daß mit großräumlicher Beschleunigung alle stillgelegten Strecken wieder in Verkehr genommen werden und daß die Anzahl der Güterzüge nicht gesenkt wird. Eine Besserung der Gesamtlage kann aber auch nur eintreten, wenn die militärischen Eingriffe in die Wirtschaft aufhören. Die geistige Belohnung der beiden Grafen Bentz und Berndsen hat neue Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, da eine solche Belohnung noch Aufgabe des passiven Widerstandes völlig fehlt. Bei Krupp wurden außerdem für die Eisenbahntrage 24 Güterzuglokomotiven und 172 Güterwagen requiriert.

#### Dank des Ministerpräsidenten Rüting an die Pfalz.

**Pfälzischen.** Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Rüting bat im Innerenministerium mit dem gesamten Staatsministerium an die Pfälzische Bevölkerung nachstehende Kündigung erlassen: Nach einem in seiner Art und in seinem Umfang in der Geschichte noch nie dagewesenen Überstand von Feindes muthie die bisherige Abwehr gegen einen rechtswidrigen und frevelhaften Einbruch in ein mehrfaches deutsches Land aufzugeben werden. Die Reichsregierung weist sich mit dem Vertreter der besetzten Gebiete eins in der Aufführung, daß die weitere Fortführung des Widerstandes mehr gegen das eigene Volk als gegen den Angreifer gerichtet hätte. So groß auch der Schmerz ist, daß die Wässnaben aufgehoben werden müssen, so ergeben ist auch die Rücknahme auf die vaterländische Haltung der gesamten befreiten Bevölkerung unter der Rückstellung jeder fremden Gegenjäge. — Die bayerische Regierung ist froh darauf, daß die Pfalz in der Abwehr in Treue und Opfermut keinem anderen Gebiete nachgestanden hat und so bleibt uns in diesem schweren Augenblick nur noch die eine Wicht, all den tapferen Kämpfern in der Pfalz unteren Leidestand Dank und unsere herzliche Anerkennung auszusprechen. Dieser Dank gilt der gesamten Bevölkerung, sowohl denen, die ausgewiesen und in hohe Not gelegt wurden, wie auch denen, die bis zuletzt treu ausgebarrt haben. Er gilt insbesondere auch der Beamtenchaft, von der eine erschütternde große Zahl ihre Treue zum Staat mit Ausweitung und Erweiterung hätten muhen. Allen sei dauernd Dank. Es wird alles geschehen, um die Not zu

erleichtern und so wieder die geraubte Heimat zurückzuführen.

#### Über Vereinfachung von Zollformalitäten.

**Gent.** Die vom Völkerbund einberufene internationale Konferenz für die Vereinfachung von Zollformalitäten, auf der auch Deutschland vertreten ist, wurde heute vormittag im Völkerbundessekretariat durch eine Delegation vom Völkerbundsrat ernannten Präsidenten Buxton eröffnet. Buxton betonte, daß laut Beschluss des Rates die Konferenz sich nicht mit der Zolltarif- und Handelsvertragspolitik der einzelnen Staaten zu befassen habe, sondern nur mit der Vereinfachung der Zollformalitäten. Diese Frage sei aber angeblich der gegenwärtigen Verbätschafft besonders wichtig für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Und zwar sei eine Steigerung des internationalen Handelsverkehrs, vor allem in den vom Krieg betroffenen Ländern, unentbehrlich, sie werde aber gegenwärtig durch nutzlose und verwickelte Zollformalitäten erschwert. Andererseits seien durch die Grenzveränderungen und Friedensverträge neue Zollverwaltungen und neue Zollsouveränitäten entstanden. Die normalen Handelswege seien desorganisiert oder würden abgelenkt. Aus allen diesen Gründen sei die Einberufung einer Konferenz gerade im jetzigen Zeitpunkt angezeigt. Buxton sprach weiter seine Verständigung darüber aus, daß die Vereinigten Staaten sich wenigstens durch einen Beobachter vertreten ließen. Die Konferenz verzögte sich hierauf auf heute nachmittag.

#### Eine Erklärung des deutschen Vertreters.

**Gent.** Die internationale Konferenz erledigte gestern nachmittag die allgemeine Aussprache über das vom Wirtschaftskomitee des Völkerbunds ausgearbeitete Arbeitsprogramm. Dabei gab im Namen der deutschen Delegation Regierungsrat Ernst in deutscher Sprache die folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung hat die Einladung zur Generalinternationalen Konferenz über Zollformalitäten gern gerne gelesen, umso mehr, als sie mit Freude jede Gelegenheit ergreift, um die friedliche Zusammenarbeit unter den Nationen zu fördern. Ich kann erklären, daß die deutsche Delegation gründlich mit dem Programm, wie es im Wirtschaftskomitee ausgearbeitet wurde, einverstanden ist, daß sie sich jedoch vorbehält, im einzelnen Vorschläge zu Änderungen und Ergänzungen zu machen. Die deutsche Regierung ist gewillt, sich durch ihre Delegation in weitestgehendem Maße an den Arbeiten der Konferenz zu beteiligen, und was an ihr liegt, dazu beizutragen, daß nicht nur beiderseitige Verträge geschlossen werden, sondern daß diese auch in loyaler Weise in die Tat umgesetzt werden.

#### Bericht des Reichspräsidenten auf die Hälfte seiner Aufwandsgelder.

Der Reichspräsident hat in einer Botschrift an den Reichskanzler mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches und den Ernst der Zeitverhältnisse zunächst bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm nach dem Haushaltssplan zustehenden Aufwandsgelder Bericht leiste.

#### Der Danziger Gulden als Rechnungseinheit.

Die Einführung des vorläufigen Danziger Gulden ist gesichert. Außerdem es in den Verhandlungen während der letzten Tage möglich geworden ist, die großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten einer Einführung zu beseitigen, wird der Danziger Verkehr damit rechnen können, daß bereits in den ersten Tagen der nächsten Woche wertbeständige Zahlungsmittel in Abschüssen von einem Danziger Gulden sowie 10, 5 und einem Danziger Penny in Umlauf gesetzt werden können. Die erforderliche Organisation, welche gegen Einzahlung von englischen Pfunden die neuen Scheine in Verkehr legt, ist in Bildung begriffen. Die Druckaufträge sind bereits erledigt. Der Senat hat den Vorschlägen, die ihm gemacht worden sind, zugestimmt und wird dem Volksrat heute Dienstag einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach der Danziger Gulden als Rechnungseinheit anerkannt wird und die erforderlichen sonstigen gesetzlichen Bestimmungen erlassen werden. — Nach wie vor bleibt aber die Reichsmark das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel in Danzig und muß es bis zur endgültigen Einführung der neuen Danziger Währung bleiben. Bis zur Erscheinung des vorläufigen Gulden muss der Verkehr sich mit Hilfe der vorhandenen Zahlungsmittel abwickeln. Eine Zurückstellung der Reichsmark widerspricht auch den gesetzlichen Bestimmungen und gefährdet die Einführung des wertbeständigen Geldes. Es ist vorgekommen, daß die Annahme von Reichsmark rechtswidrig verworfen worden ist. Sowohl bestreitet sich diese Weigerung auf wenige Fälle, nimmt sie aber überhand, so würde das Wirtschaftsleben unmittelbar vor Einführung eines vorläufigen wertbeständigen Geldes neuen schweren Einschüttungen ausgesetzt, die den Erfolg des ganzen Werkes in Frage stellen könnten.

#### Angelas Heirat.

Roman von L. G. Möllerh.

##### 7. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Justizrat konnte die Hitze nicht vertragen, sie machte ihn zielbar und nervös. Angerichtet wollte er schon klingeln und fragen, warum man nicht selber dafür gesorgt, die Sonnenstrahlen zu verbanmen, aber er unterdrückte diese Fugung und setzte sich vor seinen Tisch und zog die Briefe heran, die da lagen.

Doctor Grüning hatte etwas pedantische Anklagen befreit der Korrespondenz und hatte es niemals seinem Bureauchef oder dem bei ihm arbeitenden Referendar gestattet, die Post zu öffnen. Da Doctor Janzen aber vor Wahrnehmung der Termine nicht im Bureau zu erscheinen pflegte, so mußte der Justizrat sämtliche Briefe selbst durchsehen, um dann seine Anordnungen zu treffen.

Oben auf dem Haufen von Schreiben, die die heutige Morgenbestellung gebracht, lag ein kleiner elfenbeinfarbener Kuvert, von einer stellten Damenhandschrift adressiert. Bei dem Anblick dieses Briefchens glitt ein, man möchte fast sagen, schelmisches Lächeln über das ernste Gesicht des Justizrats und leuchtete besonders in seinen Augen, grauen Augen auf.

„Bon der Erbin des alten Kästner, oder mein Name ist nicht Georg Grüning,“ brummte er vor sich hin. „Das ist doch die Handschrift eines jungen Mädchens. Na, wenigstens hat sie die Sache prompt erlebt, denn sie hat umgehend geantwortet. Jetzt wollen wir mal sehen, was sie sagt und was Geistes Kind sie ist.“

Er öffnete das Kuvert, wie er dies stets zu tun pflegte, mit einem schmalen Papiermesser und las mit trübseligem Auge das kleine Blättchen, das darin enthalten war.

Friedrichstraße 246, Berlin SW, 14. Juli.

Sehr geehrter Herr!

Ich fürchte, Ehrem Brief an mich liegt ein Irrtum zugrunde. Ich kenne keinen Herrn Matthias Kästner, habe auch nie von ihm gehört und kann daher nicht seine Erbin sein. Ich werde Sie morgen um elf Uhr in Ihrem Bureau aufsuchen.

Fachungsvoll

Anneliese Karberg

„Sie meint, sie kann nicht des alten Kästners Erbin sein,“ lachte der Justizrat. „Naiv von ihr, aber sie weiß, was sie will, und genau das sagt ihr kurzes Briefchen. Kein Wort zu viel oder zu wenig. Ich möchte wetten, daß das Mädchen Charakter hat. Hoffentlich ist sie so wie ihr Brief.“

Er legte das Blättchen beiseite und machte sich daran, die übrige Korrespondenz systematisch durchzusehen, um sie dann mit den nötigen Bemerkungen seinem Sekretär zu übergeben. Dabei wandten sich seine Blicke von Zeit zu Zeit auf die lautstarke Uhr, welche, nachdem alle Briefe gelesen waren, auf fünf Minuten vor elf Uhr zeigte.

„Achts von Herrn Martens,“ brummte Doctor Grüning und drückte auf den Knopf der elektrischen Klingel, um seinen Sekretär herbeizurufen.

„Ich habe ihm doch genau dasselbe geschrieben wie Fräulein Karberg und ihn nur auf eine spätere Stunde bestellt. Vielleicht kommt er einfach zu der angegebenen Zeit, ohne mir vorher zu schreiben. Lieber Himmel, es ist wirklich eine komische Summung, und ich bin begierig, wie die beiden jungen Leute sich dazu stellen werden.“

Und er lachte wieder in sich hinein und lachte immer noch leise, als der Sekretär eintraf.

Beim Anblick des erstaunten Gesichtes, das der junge Mann mochte, lachte der Justizrat laut heraus.

„Ja, ja, Herr Grahl, ich lache. Sie iren sich nicht, und es ist ein sehr guter Witz, über den ich lache. In der Justiz kommen auch Witze vor, sie ist gar nicht so trocken, wie man anzunehmen pflegt, und der Witz, über den ich lache, ist ein ganz besonderer Witz, und das Drolligste dabei ist, daß ein Verstorbenen ihn aus dem Grabe heraus macht.“

„Aus dem Grabe heraus, Herr Justizrat?“ Herr Grahl hatte nicht viel Sinn für Humor, auch war er nicht daran gewöhnt, seinen Chef zum Lachen und Scherzen aufgelegt zu finden. „Aus dem Grabe heraus?“ fragte er noch einmal und überlegte sich dabei, ob des Justizrats Gehirn vielleicht durch die Hitze gelitten haben könnte.

„Ja, ja, so ist's, Herr Grahl,“ sagte dieser jetzt, „ich habe augenblicklich keine Zeit, Ihnen die Sache zu erklären, sonst würden Sie auch lachen. Ich werde es Ihnen später mal erzählen, aber ich erwarte um elf eine Kaffezeit, und es ist elf. Wollen Sie, bitte, jetzt die Briefe nehmen und so beantworten, wie ich auf den Kusseris angemerkt habe, und wenn Fräulein Karberg kommt, soll sie ja dort zu mir hereingeführt werden.“

Seine grauen Augen blitzen lustig, als er die halb schaute, halb verlegene Miene Herrn Grahls sah, und

Mohbach los wieder genommen werden.

**Mosbach.** Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Am Sonnabend, den 12. d. Mts. kurz vor 8 Uhr, erfuhr die höchste Regierung, daß der Bannenführer Mohbach vom Staatsgerichtshof aus der Halt entlassen werde weil Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt. Darauf hat die höchste Regierung der Polizei in Leipzig funktentelegraphisch den Befehl erteilt. Mohbach vorläufig festzuhalten. Gleichzeitig hat die höchste Regierung beim Wehrkreiskommando 4 den Auftrag gestellt. Mohbach auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. 12. 16 in Schubhaft zu nehmen. Der Auftrag wurde damit begründet, daß die weitere Verhaltung Mohbachs zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich sei, das ergab der bekannte Sachverhalt ohne weiteres. Gleichzeitig ist dem Wehrkreiskommando mitgeteilt worden, daß die höchste Regierung der Polizei in Leipzig den Befehl erteilt habe. Mohbach vorläufig festzuhalten. Als aber die Leipzigische Polizei den Befehl ausführen wollte, war Mohbach bereits aus der Halt entlassen. Sein Aufenthalt war nicht bekannt. Die Polizei hat sich bemüht, seiner habhaft zu werden, hat ihn aber bisher nicht ermitteln können. — Vom Wehrkreiskommando wurde durch Schreiben vom 14. d. Mts. mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Schubhaft über Mohbach verhängt worden ist.

#### Tagesgeschichte.

Deutsche Welle

**Wirtschaftsrat Dr. Nemis zurückgedrängt.** Wie wir erfahren, ist Wirtschaftsrat Dr. Nemis nunmehr von seiner im Auftrag des Auswärtigen Amtes ausgeführten 1½-jährigen wirtschaftlichen Erkundungskreis durch Russisch-Ussen nach Berlin zurückgeführt. Die Reise, die von den russischen Behörden überall in der entsprechenden Weise gefördert wurde, hat recht bestreitbare Ergebnisse gebracht und sehr wertvolle Informationen geliefert. Oberstaatssekretär Nemis wird seine Beobachtungen in einer Reihe von Vorlesungen an verschiedenen Orten Deutschlands weiteren Kreisen zugänglich machen.

**Der kommunistische Betriebsrätekongress für Niedersachsen** war die Sonnabend nach Hannover einberufen worden. Die Veranstalter dirigierten ihre Gesellschaft aber nach Hildesheim. Dort wurde die Tagung aufgehoben. 72 Männer, darunter Kommunistenführers aus Hannover, wurden festgenommen. Zahlreiches Material, darunter Mobilmachungspolizei, wurde beschlagnahmt. Durch die Polizei verhindert wurde auch der Versuch, den in Hildesheim gehaltenen Kongress in Alsfeld fortzuführen. Am Samstag bei Alsfeld wurden 24 Verhaftungen vorgenommen. Eine größere Anzahl Teilnehmer konnte durch die Fenster ins Freie flüchten.

**Die sozialistisch-kommunistischen Einigungskundgebungen zur Errichtung einer proletarischen Einheitsfront in Hamburg**, die Sonnabend im Rathaus fortgesetzt wurden, sind vorläufig gestoppt.

**Der Generalstreik in Blankenburg und den umliegenden Harzbezirken** ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führten zu einer Einigung, nachdem sich die Arbeitgeber verpflichtet hatten, als Wirtschaftshilfe Lebensmittel zu beschaffen.

**Der „Völkische Beobachter“ erscheint wieder.** Das „Völkische Beobachter“, das Organ der bayerischen Nationalsozialisten, der am 4. Oktober verboten wurde, ist gestern wieder erschienen. Die Schriftleitung nimmt in der geistigen Ausgabe an dem vom Generalstaatskommisariat erlangten Verbot Stellung. Als Grund dieses Verbotes sei die Veröffentlichung eines Vertrages betrachtet. „Arbeiter“ angehören worden. Dieser Aufruf sei von einem Mitglied der Sturmabteilung verlebtlich ohne vorherige Einsicht seitens der Redaktion direkt in die Segere gegeben und so auf die Interessentenseite zur Aufnahme gelangt.

**Die politische Zone in Thüringen.** Die Sozialdemokraten und die Kommunisten sollen sich auf einer gemeinsamen Regierungsbasis geeinigt haben. Die Ministerliste steht allerdings noch nicht fest. Im thüringischen Landtag wird heute Dienstag die Regierungsbildung als erster Punkt der Tagesordnung erledigt werden.

**Verbot einer Separatistenversammlung durch die Franzosen.** Die Separatisten wollten auch in Orléans eine Versammlung abhalten, um Stellung zur neuen Lage zu nehmen. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen diese Versammlung verboten haben.

**Über die Interventionstätigkeit am Devisenmarkt** wird berichtet, daß für diesen Zweck dem Reichsfinanzministerium auch die Devisen zur Verfügung stehen, die auf Grund der Verordnung vom 25. August an das Reich abzuliefern sind. Aus diesen Devisenableisungen, die man bisher auf etwa 100 Millionen Goldmark schätzen dürfte

nachdem der Sekretär mit den Briefen verschwunden war, lachte er noch einmal herzlich auf.

Aber als bald darauf an die Tür geklopft und Fräulein Karberg gemeldet wurde, hatten seine Blicke wieder ihren gewöhnlichen ruhigen, klugen Ausdruck, und seine Augen blitzen ganz ernst, wie er sich jetzt erhob und dem jungen Mädchen entgegenging, das durch die Tür eintrat, die ein junger Schreiber offenhielt.

„Es freut mich sehr, daß Sie es möglich gemacht haben, heute zu kommen, Fräulein Karberg,“ sagte der alte Herr liebenswürdig, zog einen der alten Stoffhaarschüre an den Tisch und lud sie zum Sitzen ein, „die kleine geistige Auseinandersetzung, wegen der ich Ihnen schrieb, ist nämlich wichtig, und es liegt mir daran, Sie gleich mit Ihnen zu besprechen und alles in Ordnung zu bringen.“

Während er sprach, hatte er die junge Besucherin mit seinen scharfen alten Augen genau beobachtet und war zu dem Schluss gekommen: „Sie ist entschieden eine Dame trotz ihrer schäbigen Kleidung, aber Sie scheint mir nur die Schattenseite des Lebens zu kennen.“

Ob er das aus ihrem sehr abgetragenen schwarzen Kleid oder aus dem schwermütigen Zug in dem jungen Gesicht schloß, wäre schwer zu entscheiden, aber seine ernsten Augen blickten mit fast zärtlichem Mitleid auf das schlanke, geringe Geschöpf, das vor ihm, dem rauen Sturm bereits allen Jugendlichkeit geraubt zu haben schien.

In seiner langjährigen juristischen Laufbahn hatte der Justizrat sich gewöhnt, auf jede kleine Eigentümlichkeit seiner Klienten zu achten, denn er pflegte zu sagen, daß einecheinbar unbedeutende Kleinigkeit oft den Schlüssel zu wichtigen Entdeckungen liefern. So beobachtete er auch heute, daß Angelas Hut wohl alt, aber sauber gebürstet und so aufgesetzt war, wie er ihr am besten zu Gesicht stand. Ihr einfacher Cheviotrock war vom langen Tragen glänzend, aber peinlich rein und ordentlich, und ihre Stiefel und Handschuhe waren billig aber hübsch und gut gehalten.

Nachdem er dies alles bemerkt, kehrten die Blicke des Justizrats zu dem Gesicht des jungen Mädchens zurück, und wieder leuchtete der warme Ausdruck in seinen Augen auf. Das junge Gesicht gefiel ihm, die großen, grauen Augen mit ihrem offenen Blick, die freie Stirn mit dem blonden Haarschädel, das sich unter dem Hut hervorholte, die streng geschnittenen Lippen, der entschlossene Zug um den Mund, der wie ihr Brief einen ausgeprägten Charakter bat und das alles machte einen guten Eindruck auf ihn.

gab das Reich in den Tagen der Ihnen Intervention geschah. Es ist mit einer durchaus erfüllenden Verfolgung der intervenierenden Stellen für Deutschen zu rechnen.

**Die Kohlenlieferungen nach Holland.** Die Franzosen hatten den Beben, die sie Holland lieferten, seit 14 Tagen den Übertransport dadurch unmöglich gemacht, daß sie den Beben die notwendigen Gleise nicht freigaben. Gestern ist eine neue Verfügung der französischen Kohlenregie eingetroffen, nach der die Gleise wieder freigegeben werden müssen.

**Briefsperrre über Griechenland.** Neben Griechenland bei Darmstadt ist von den Franzosen bis auf weiteres Briefsperrre verhängt worden.

**Eine Spionin vor dem Reichsgericht.** Vor dem Reichsgericht hatte sich am Montag die bayerische Staatsangehörige Frau Brusius-Brüning aus München zu verantworten. Sie hatte sich an einen Führer der NSDAP-Organisationen herangemacht um von ihm Rätsels über die NSDAP-Organisation zu erfahren und ob die NSDAP-Werbeverbindung mit der Organisation NSDAP und Hitler unterhalte. Das Reichsgericht verurteilte die Angeklagte zu dreieinhalb Jahren Haftstrafe.

**Die Streitfrage im Ost-Oberlehen.** Im allgemeinen unverändert, die Stimmung nimmt aber sichtlich an Erregung zu. In Rostow durchsuchten Menschenmassen die Straßen und umlauften das Volkswohlfahrtsgebäude. Ein großer Truppen- und Polizeiaufmarsch sucht die Ordnung aufrechtzuhalten. Auf das Gericht hin, daß mit Knüppeln bewaffnete Ausständige im Anmarsch auf Rostow seien, ist das Verteilen der Stadtgrenze für Truppen von mehr als drei Personen verboten worden. Über Zusammenstöße liegen bisher keine Nachrichten vor.

#### Frankreich.

**Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik.** Er gestern von Montreal zum offiziellen Besuch der Französischen Republik eingetroffen und hat im Ministerium des Außenministers gewonnen. Er wird begleitet vom Minister des Außenministers Dr. Benesch. Ihm zu Ehren wird heute abend im Château im Anwesen des diplomatischen Korps ein offizielles Festmahl gegeben.

#### Türel.

**Die deutsche Flagge in Konstantinopel.** Das Gebäude der deutschen Botschaft ist sofort nach dem Abzug der Franzosen, die das Gebäude bis dahin besetzt hielten, von den deutschen Beamten, die bis dahin unter dem Schutz des schwedischen Konsulats standen und die Interessen der Deutschen wahrnahmen, wieder in Besitz genommen worden. Die deutsche Flagge, seit dem Waffenstillstand die erste in Konstantinopel, wurde auf dem Botschaftsgebäude gehisst. In dem Gebäude, das durch die französische Besetzung sehr gelitten hat, werden jetzt die notwendigen Renovierungen, Vagen der Telefonanlagen usw., vorgenommen und die Inneneinrichtung wird vervollständigt. Auch das deutsche Konsulat ist von den Deutschen wieder in Besitz genommen und das Personal dürfte binnen kurzem aus Deutschland eintreffen.

**Die deutsche Bürgerschaft in der Türkei.** Wie die türkischen Zeitungen melden, hat sich eine große deutsche Bürgerschaft gegründet, die in der Türkei und momentan im Bezirk Smyrna Bauarbeiten und über 13.000 Menschen Arbeit geben wird. Ramentlich die vielen Deutschen in Mazedonien und Bulgarien, die große Not leiden, werden nach Kleinasien gebracht, um bei den Bauarbeiten Beschäftigung zu finden.

**Angora, die neue Hauptstadt.** Die Nationalversammlung in Angora hat mit großer Mehrheit für Angora als neue türkische Hauptstadt gestimmt. 20 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

#### Abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife

ab Donnerstag — Gültigkeit Fahrpreise.

Vom Donnerstag, den 18. Oktober, ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenzugverkehr 600 Millionen, im Güterverkehr 1000 Millionen betragen. Die Steigerung der Schlüsselzahlen ist die Folge der Währungsverschlechterung der vergangenen Woche. Die Herauslegung der deutschen Rohstoffpreise hat bei der Bestimmung der Schlüsselzahlen verhältnismäßig eingewirkt. Sie konnte aber nur von geringem Einfluß sein, da die Reichsbahn infolge der nach wie vor unverändert bestehenden Abschließung des Südburgebietes ganz überwiegend auf ausländische Kohlen angewiesen ist.

#### Herrliches und Sächsisches.

Niesa, den 16. Oktober 1923.

**Der diesjährige Herbst-Fahrmärkt** in Niesa findet am 21., 22. und 23. Oktober statt. Näheres ist aus der amtlichen Bekanntmachung in heutiger Nummer ersichtlich.

**Die Herbstblumenfachau im „Sächsischen Hof“**, die gestern geschlossen wurde, fand ihren Ausklang durch eine sehr gut besuchte Tagung der Gartenbaubetriebe Nord Sachsen. Dem Veranstalter der Ausstellung, Herrn Gärtnermeister Alfred Böttner, wurde auch von den beteiligten Fachleuten ungeheure Anerkennung geschenkt. Der Vertrag der Blumenfachau in Höhe von 38 Millionen Mark ist dem hiesigen Wohltätigkeitsverein „Sächsische Fechtschule“ übergeben worden.

**Einbruchsbiebstahl in Röderau.** Gestohlen wurden in der Nacht vom 12. zum 13. 10. 23 aus dem Waschraum in Röderau nachstehende Silbersachen wie: 1 großer Serviettenring „A. B.“ ges., 2 kleine Serviettenringe, 1 Teelöffel, 1 große Gabel, 1 Löffel mit langer Kette (vergoldet), 1 Armbanduhr, 2 Ketten, 1 kleiner Kreuz „Mit Gott“ ges., 1 verschl. und 1 vergold. Klemmer, außerdem schwarzes Brillenetui, 1 meißelblau farbiges Trottkleid, 3 in weißer Piquetstoff, 1 weiches Oberhemd, 10 große Servietten ges., „Anna“ und „P. M.“, 3 kleine Servietten „A. M.“ ges., 1 elektr. Hängelampe mit gelber Schnur, 6 Glasdr. Abendmahlswine und verschiedene Lebensmittel. Für sachliche Angaben, die zur Ermittlung der Täter und Herbeilassung des gestohlenen Gutes führen, wird 1 Rentner Weisen als Belohnung ausgestattet. Einzelne Wahrnehmungen erbittet der Gendarmerie-Standort in Gröba.

**Unbekannter Versteigerung.** Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 beträgt die monatliche Leistungszulage für Oktober beim Bürgel 100 Millionen, bei den Witwen- und Witwerenten 60 Millionen und bei den Waisenrenten 50 Millionen. Die bisherigen Leistungszulagen fallen weg.

**Unbekanntes Mädchen.** Seit 11. ds. Mts. befindet sich ein etwa 17-18 jähriges Mädchen, das durch sein braunes Haar bei seiner Ankunft von Riedberglich auf dem Leipziger Hauptbahnhof auftrat, in der dortigen Städtischen Heil- und Pflegeanstalt. Die Unbekannte ist etwa 1,60 Meter groß, unterlegt, hat schwarzes Haar, vollständige Zähne und gesundfarbiges Gesicht. Über ihre Person ist bisher nichts in Erfahrung zu bringen gewesen, weil sie weder zum Schreiben noch zum Reden zu bewegen ist. Ihre Kleidung besteht in hellgrauem Mantel mit blau gefüttertem Kragen, schwarzen Kleid, hellgrauen Strümpfen und schwarzen Spannschuhen. Sachdemliche Mitteilungen erbittet die Vermittlungsstelle beim Landeskriminalamt Dresden, Schloßstraße 73, Zimmer 190.

**Die Einreise in das belagte Gebiet.** Zur Einreise aus dem unbefestigten in das belagte britische Gebiet bedarf es jedoch eines Geleitcheinnes, der von

#### Heutiger Dollarkurs (amt.): 4 110 250 000 M.

Bemerkung: ohne Gewähr.

bem Vorbehalt in Köln erhältlich ist. Dem Antrag ist ein Personalausweis oder ein deutscher Reisepass beizulegen. Für den Geleitchein wird im allgemeinen eine Gebühr von 10 Millionen Mark erhoben. Der Betrag ändert sich jedoch nach dem Dollarstande.

**Eine Briefsperrre im Landtag.** Abgeordnete folgten von der D. B. P. hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: In der Zeit des Ausnahmezustandes, Anfang Oktober sind wiederholte nächtlicheweise auf dem Fluggebiet Biwota Autofahrer von Mitgliedern der proletarischen Hundertschaften angegriffen und durchsucht worden. Bei den Hundertschaftsmitgliedern festgestellte Ausweile sind vom Bürgermeister Dr. Rittermann in Altenenthal, der den Auftrag hierzu von der sächsischen Regierung erhalten zu haben angab, unterzeichnet gewesen. Sind der Regierung diese Vorgänge bekannt und wie gedenkt sie ihre Anwendungen zu rechtfertigen?

**Abermaliges Verbot des „Sächsischen Volksblattes“**. Das in Dresden erscheinende kommunistische „Sächsische Volksblatt“ ist vom Wehrkreisbefehlshaber 4 wegen der aufrührerischen Sprache in seinen verschiedenen Artikeln auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

**Sächsischer Pflanzenschutzbefehl.** Ausschluß über Pflanzenschädigungen auf dem Gebiete des Gartenbaues erstellt die Zweigstelle für gärtnerischen Pflanzenschutz an der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau zu Bautzen kostenlos, sofern nicht Versuchsanstellung notwendig ist. Die Schreibwerk wird eine entsprechend Gehölze beschreibt, Zuwendung als porträtmäßige Zeichnungen. Der Antrag ist in geeigneter Verpackung seltsame Proben der geschädigten Pflanze und eine kurze Mitteilung über den Schadensverlust beizufügen. Die Unterschrift der Ausschluß wird mit dem Begriff „Sächsischer Pflanzenschutzbefehl“ versehen.

**Lebensmittelshortage in Dresden.** Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsmarktes in der Woche vom 6. bis 12. Oktober zwar einen leichteren Zugang an Arbeitssuchenden auf, so daß der Faktor die Zahl 38.000 überschritten hat, doch hat weniger das Tempo der Zusammensetzung etwas nachgelassen. Von einer Verbesserung kann freilich noch nicht im entferntesten die Rede sein, da für das Herz der Arbeitssuchenden so gut wie keinerlei Vermittlungsaussichten bestehen.

**Glaubitz.** Am 15. Oktober feierte Herr Oberlehrer Kantor Kröber in geistiger und körperlicher Freiheit sein 40-jähriges Amtsjubiläum. Zum Jubiläum wurden von verschiedenen Seiten Grümpen dargebracht, die in dem Wunsche gipfelten, daß er noch lange vollster Gesundheit ertheile.

**Rossen.** Seit einigen Wochen hat sich in unserer Stadt der kommunistische Agitator und Schriftsteller Mühlbauer aufgehalten, welcher durch seine eigenartige Kleidung allgemein auffiel. Vor einigen Tagen ist nun dersele, wie der „R. V.“ meldet, wegen Verdacht von Fliegenblättern aufreisenden kommunistischen Inhalts auf Veranlassung des Wehrkreisbefehlshabers 4 festgenommen, zunächst dem biesem Befehlshaber und dann dem Polizeipräsidium Dresden zugeführt worden.

**Freiberg.** Am 10. Oktober ist im Alter von fast 94 Jahren Frau Marie Gondner geb. Friedrich gestorben. Frau Gondner war Inhaberin eines weit über die Grenzen Sachsen und des deutschen Reiches bekannten und hoch angesehenen Freiberger Mädchenvorlonats.

**Burgstädt.** Die Landwirte von Göppersdorf sammelten für bedürftige Einwohner unter 100 Millionen Mark. Die Landwirte von Hartmannsdorf spendeten den Armen und Sozialrentnern 125 Millionen Mark in Naturalien.

**Mittweida.** Sonntag früh fand man auf dem Wege zwischen Hoyersdorf und Holschau einen etwa 40jährigen Mann in einer großen Blutlache liegend tot vor. Die nähere Unter suchung ergab, daß der Hals durchtrennt war und daß es sich um den in Schweizerbahn wohnenden ca. 40jährigen Stuhlbauer Daniels, dessen Eltern in Mittweida wohnen, handelt. Es ist inswischen festgestellt worden, daß Daniels mit einem Arbeitskollegen im Gashof wegen des Krieges Auseinandersetzungen hatte, die sich dann auf der Straße fortspielten und in deren Verlauf er von dem Kollegen, mit dem die Auseinandersetzungen bestanden, niedergeschlagen worden ist.

**Pulsnitz.** Dem „Pulsnitzer Wochenblatt“ wird aus Osborn geschrieben: Während in geordneten Seiten das Bild des Übermüdeten immer ein frohes Schauspiel für eine neidlose Pulsnierschaft aus der Umgegend war, war die gestrige Bilderei ein greelles Schlaglicht auf die unsicheren Zustände, in denen wir leben. Offenbar hatte es eine große Zahl mit Bildervergängtheiten Ausgerüsteter darauf abgelehnt, gemahnt in die Bildverarbeitungen einzutreten. Sie wurden unterstützt von Hunderten am Leibdamm stehenden Bauern, die jeden Liebstahl eines Bildes mit Freudenheft begrüßten und die die oft Jugendlichen zum Liebstahl noch ermunterten. Das nahm auch dann noch kein Ende, als der Bildvergleiter — der aus der Menge heraus in feiger Weise mit Steinen beworfen wurde — diese auf das Unkunige ihres Tuns aufmerksam machte und sie dahin aufzuläden hieß, daß die Körper nicht an den Händler, sondern an einzelne Verbraucher, insbesondere zum Obern Kirchweihfest plaudern würden, bis zu einem willigen Preise abgegeben werden sollten. Nur durch ein rechtzeitiges Auflösen des Teiches konnte ein größeres Schaden vermieden werden. Wenn sich doch die Ausrüster und Pezer in einer solchen Sache überlegen wolle, welchen Schaden sie durch solch schamloses Verhalten dem Erzeuger und dem Verbraucher insbesondere der näheren Umgebung zufügen in einer Zeit, wo Abbruchsmittel für viele kaum noch zu erwarten sind. Die Namen der Täkte können festgestellt werden, sodass für sie noch ein erneutes Nachspiel zu erwarten steht.

**Kamenz.** Dem „Kamenziger Tageblatt“ wirdgeschrieben: Einer kleinen größeren Todesblüte, die zweckmäßiger Aufträge, die der Firma Beschäftigung für zwei bis drei Wochen gebracht hätten, mit bayrischen Abnehmern in Verbindung stand, gingen die Aufträge auf Grund der politischen Vorgänge in Sachsen verlustig. Der Münchner Vertreter der Firma stieß: „Größere Aufträge für spätere Lieferungen sind zurzeit für sämtliche Fabrikate schwer zu erhalten, da die Firmen infolge der politischen Vorgänge in Sachsen für eine prompte Lieferung bezw. Empfang der Waren Bedenken haben.“

**Bautzen.** Gestern früh gegen 4 Uhr erschien sich der städtische Polizeikommissar Seidel auf der Polizeiwache mittels seiner Dienstwaffe. Der Grund zu der bedauerlichen Tat ist, wie das „B. T.“ meldet, eine gegen ihn eroberte Amtsbildung wegen nicht korrekten Verhaltens in einer persönlichen Angelegenheit.

**Grimma.** In gemeinschaftlicher Sitzung beider städtischer Kollegien wurde der Bürgermeister von Grimma zum neuen Bürgermeister von Grimma gewählt. Insgesamt waren 46 Bewerbungen um den Posten eingegangen.

**Wauchohamer.** Auf dem Gelände der technischen Messe in Leipzig soll eine neue riesige Mehalle errichtet werden, die nur der Ausstellung von Schwermaschinen

dienten soll. Nunmehr ist in einem Wettbewerb von Eisenkonstruktion, Eisenbeton und Holzbau entschieden worden, daß die Mehalle in Eisenkonstruktion errichtet wird. Die Ausführung ist der Aktiengesellschaft Linke-Hoffmann. Dauchhamer übertragen werden. Durch Eisenbahntrags werden die Mehalle direkt in die Halle eingeführt. Dort werden Krane von 20 Tonnen Tragkraft aufgestellt.

#### Vermischtes.

**Der verschwiegene Tod der Braut.** Ein Gutbesitzer A. und der Vater kam vor einigen Tagen zur Verkörperung eines Kriminalpolizist und erzählte, daß seine Tochter mit ihrem Bräutigam und dessen Schwester nach Berlin gereist und daß sie seitdem spurlos verschwunden sei. Die Polizei ermittelte, daß das Mädchen in Wilmersdorf eine Wohnung bezogen hatte, u. daß es dort gestorben war. Als die Beamten in die Wohnung kamen, fand bereits die Beerdigung auf dem Apostel-Friedhof statt. Das Mädchen war bei einer Kartenspielerin in Charlottenburg gewesen, die einen unerlaubten Eintritt vorgenommen hatte, an dessen Folgen das Mädchen gestorben ist. Die Beamten nahmen den Bräutigam und seinen Bruder sowie die Schwester und die Kartenspielerin fest.

**Todessturz des Kämpfers Manenrol.** Bei den Weltmeisterschaften in Olympia (England) stürzte der französische Kämpfer Manenrol mit einem kleinen Flugzeug aus einer Höhe von etwa 100 Fuß ab und starb einige Minuten später. Kurz vorher hatte Manenrol verhinderte Höhenrekorde aufgestellt.

**Der wichtige Mussolini.** Mussolini steht, daß er Humor besitzt, in einer Mitteilung, die er der Zeitung „Vittorio“ in Turin geschickt hat. Das Blatt hatte unter seinem Leiter ein Preisabschreiben verankert „Für die beste Definition von Signor Mussolini“. Als der Premierminister davon hörte, telegraphierte er an den Redakteuren von Turin und befahl ihm, bei dem Herausgeber der Zeitung die Zurücknahme des Preisabschreibens zu veranlassen. Zugleich schickte er dem Blatt eine Erklärung, in der er sagte, man möge die Ausschreibung des Weltmeisters mit folgender Erklärung begleiten: „Signor Mussolini kennt und eine genaue Definition von ihm geben kann. Das Es ist daher ganz unmöglich, daß jemand anders ihn kennt und eine genaue Definition von ihm geben kann. Das Preisabschreiben soll daher wenigstens 30 Jahre vertragt werden. Dann wird man ihn vielleicht richtiger definieren können.“

#### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. Oktober 1923.

##### Stresemann und Dr. Seipel.

**Berlin.** Bundeskanzler Dr. Seipel, der gestern nach Bonnberg abgereist ist, trifft nach den neuesten Nachrichten am Donnerstag mit dem deutschen Kanzler Dr. Stresemann in Bregenz zusammen.

##### Internationaler Hotelbesitzertag.

**Wien.** Der 48. Internationale Hotelbesitzertag in dem in großer Zahl Delegierte aus dem ganzen Welt und aus dem Auslande gesammelt sind, wurde im historischen alten Rathausaal in Unwesenheit von Vertretern des Staats und der staatlichen und städtischen Behörden mit einem Vereinssababend eröffnet, wobei der Handelsminister von „...“ die Grüße der baptistischen Regierung erfuhr.

##### Das internationale Arbeitsamt

zum Achtstundentag in Deutschland.

**Genf.** In der geplanten Gründungsfeier des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes wurde u. u. die Frage des Achtstundentags in Deutschland erörtert. Nach einer amtlichen Mitteilung des Arbeitsamtes wurde der Direktor des Arbeitsamtes Thomas um Rückblick über etwaige Änderungsprojekte zum Achtstundentag in Deutschland ersucht, worauf der deutsche Regierungsvorsteher erklärte, daß die außerordentlichen Vollmachten, die der deutschen Regierung gewilligt wurden, sich nicht auf die soziale Gesetzgebung erstrecken, daß infolgedessen die Frage einer Verlängerung der Arbeitszeit völlig der Zuständigkeit der gelegentlich Gouvernements Deutschlands unterstellt sei.

##### Die Sachleiterungen an die Alliierten.

**Paris.** Danas verbreitet folgende Telexe aus Brüssel: Eine Berliner Nachricht teilt mit, daß die deutsche Regierung sie nicht in der Lage, den Industriellen die Hobler zu bezahlen, die sie den Alliierten liefern. Die Zeitungen glaubten daraus schließen zu müssen, daß die Reparationsfeste zunehmend von Frankreich und Belgien bezahlt werden. Dies ist nicht der Fall. Nach den Vereinbarungen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, werde die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache der Industriellen, sich bei ihrer Regierung Zahlung zu sichern. — Anmerkung des WTB: In der vorliegenden Haftaufsicht ist von Ueberkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, welche die Hobler und Frankreich als Reparation unentgeltlich geleistet. Es sei Sache

**Reich und Weltmarkt.**  
Von der Universität in Leipzig. Der Professor an der Universität München, Dr. Siegmund Hellmann, ist vom 18. Oktober 1923 als zum ordentlichen Professor für mittelalterliche Geschichte in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

### Turnen, Sport und Spiel.

**Hanball.** Allgemeiner Turnverein Niesa 2. — Turnverein Garz 1. 5:6 (Halbzeit 4:4). Auf beiden Seiten wurde ein schönes Spiel gezeigt. Die Gäste konnten durch ihr gutes Zusammenspiel besonders gut gefallen und gewonnen verdient. —

**NSB-Meisterschaft.** — **Ostseer 0.-V. 2:1.** Das Gesellschaftsspiel gegen Ostsee sah die Nieser als sicherer Sieger, wenn auch das Resultat nicht den Spielverlauf widerstellt: Die zahlreichen Torchüsse des Nieser Sturms verpassten knapp das Ziel, aber auch der Torschütze konnte mit viel Glück und Geschick die Angriffe abwehren. Der jederzeit anständig durchführte Kampf hat beiderseits interessante Momente. — Die 4. Elf spielte gegen Raumalde 1. Mannschaft 5:1. — Abteilung für Jugendpflege. Hier fand nur das Spiel der 2. Jugend gegen Raumalde 1. Jugend statt, welches 2:2 endete. — **Handballabteilung.** Auch hier fand nur das Herrenspiel gegen Mügeln statt, welches mit 3:3 endete. —

Der NSB. in der Thürer unverändert! Dank seines guten Rufes wurde es der 1. Elf des NSB. möglich gemacht, in Auffang und in Nachmittagsfußball zu demonstrieren. Seine Gegner gehörten zur deutschböhmischen Doppelklasse (Teplitz OS., DFC, Brno) und den Bielefern wurden keine Chancen eingeräumt. Der Spielverlauf belehrte die Rückraum eines anderen. Nach berücksichtiger Fahrt über Dresden, Gera, Teplitz-Bodenbach kamen die Nachwuchsen 12 Uhr in Auffang an. Von Vertretern des Gastgebers empfangen und einer herzlichen "Schor Schuljugend" begleitet, die dafür sorgte, daß das Wort "Niesa" bald in aller Munde war, ging es ins Umkleidezimmer und dann zur Besichtigung der schönen Stadt Auffang. 1:4 standen sich dann die Gegner gegenüber:

**L.F.R. Kramm-Klasse — NSB. 1:1 (1:1).** Der weiche Boden macht den NSB. schwer zu schaffen. N. ist anfangs durch sein schnelles Stoß- und Laufspiel im Vorteil. Wlaha ist unüberwindlich. Dann rettet Wlaha Schuhhardt in einer Aktion vorbildlich. Jetzt legen sich auch Thomsfeld und Hofmann durch. Beide laufen vorzüglich, haben aber mit ihren Schüssen kein Glück. Wlaha setzt eine Bombe aus nächster Nähe drauf, der Gegner rettet vorzüglich. Das Spiel ist völlig offen. NSB. gibt sogar durch seine gute Kombination den Ton an. Krammels Hinterleute haben immer zu arbeiten. Endlich glückt Wlaha ein herzlicher Schuß, 1:0. N. geht etwas faulier in den Raum. Wlaha rettet einmal brillant. Dann ist Schuhhardt überspielt. Wlaha ist sofort im leeren Tor und läuft die große Gefahr auf der Linie durch Stoßball. Dann kommt das Verhängnis. Der vorzüglich arbeitende Sittke fügt im Strafraum und berührt den Ball mit der Hand. Schuhhardt erreicht das Leiter zu knapp, 1:1. Pause. Bis 20 Minuten nach Wiedereinsatz drückt Krammel. Und jetzt zeigt sich das Nieser-Schlusslicht als ein Vollwert von wissenschaftlicher Klasse. Ihnen ist es zu danken, daß in dieser Serie das Resultat blind. Jetzt laufen auch Jantke und Sittke zu voller Form auf. Das Spiel wird wieder offen. Leider wird Schuhhardt durch einen Tritt in den Fuß 1/2 Stunde vor Schluss anderer Gelehrte gepecht, sodass die NSB. mit 10 Mann durchhalten müssen. Die vier Stürmer liefern trotzdem ein blendendes Spiel. Eine herrliche Kombination Gundermann-Knopp-Hofmann führt durch leichten zu einem zweiten Tor. Es der Ball die verlassene Linie passiert, erinnert der Abschlagspfiff, der einen großen Protestschrei der Menge nach sich hat, die nur auf

Niesa holt. Dann Schluss. Das Publikum beglückwünscht die Nordländer, die zu den wenigen gehören, mit denen Krammel auf eigenem Platz nicht fertig wurde. N. ist seit 1½ Jahr in seinem Heim nicht geschlagen worden. Sie erkennen auch an, daß ihnen die Gäste in manchem weit überlegen waren. — Das Spiel am zweiten Tage in Karbitz wurde gegen den 2. in der Tabelle mit 2:1 verdient gewonnen. Was die Nieser in Bezug an Technik und Schönheit lieferen, war über alles lob zu haben. Am Spielfende lagen Angebote von den namhaftesten Vereinen Deutschböhmens vor, die Woche noch dagelassen und noch 8 Spiele auszutragen. Beiderseits mußte abgesagt werden. Bericht über dieses Spiel folgt infolge Plaziermangels morgen.

### Kreisturnratschung 14. Turnkreis D. L.

Am Sonntag fand in Dresden die Kreisturnratschung des 14. Turnkreises (Sachsen) des Deutschen Turnverbandes statt. Den Vortrag führte zum ersten Mal der neue Kreisvertreter Dr. Thiemer-Dresden, der Mitteilungen und Bericht gab über Mitgliederbestand des Kreises und über Sitzungen und Gewaltentwürfe, die bei turnerischen Veranstaltungen vorgenommen sind. Gegenmaßnahmen sind ergriffen. Der Rechtsbeirat des Kreises hat sich dabei bewährt. Dem Ehrenkreisvorsteher Lindenwitz wurde eine Ehrenurkunde überreicht. Der Vorsitzende des technischen Ausschusses Schwarze berührte in seinem Berichte das Deutsche Turnen in München, die Vergesellschaften im Kreise, die Südtiroler Wettbewerbe und stellte Anträge dazu und zur strafferen Durchführung der Wettkampfbestimmungen. Der Arbeitsplan für 1923 wurde festgestellt. Kreisgebärdwart Lubrich berichtete über die wirtschaftliche Lage des Kreises und des Kreisblattes. Man brischlos: Der Kreis ist jetzt mehr denn je verschuldet, das Kreisblatt zu erhalten. Der Kreis schreitet zur Erhebung wertständiger Steuern, dabei soll die Reichsratszahl zu Grunde gelegt werden. Es wurde eine den Ansprüchen der Zeit entsprechende Nachsteuer für 1923 und Steuern für 1924 beschlossen. Das Kreisblatt soll nach Möglichkeit wieder Übungsmaterial und auch Veröffentlichungen über freiwillige Spenden zur Kreisunterstützungslage bringen. Es wurde ein geschäftsfähiger Ausschuss bestellt aus Dresden Mitgliedern des Kreisturnrates zur Erledigung dringender Geschäfte eingesetzt. Satzungänderungen und Änderungen im Auschusshandbuch werden zur weiteren Bearbeitung dem Kreisbestand überlassen. Als verdiente Turner wurden Ehrenurkunden des Kreises verliehen. Einlagen, die sich auf Trennung von Turnen und Sport bezahlen, wurden dahin erledigt, daß der Kreis grundsätzlich an seinem Standpunkt festhält, aber aus wirtschaftlichen Gründen beantragte Freistellungserklärung befürwortet.

Der Wiener Segelflugwoche. Der gestrige Tag der Segelflugwoche brachte die ersten Flüge, nachdem solche die vorhergehenden Tage wegen ungünstiger Witterung nicht hätten unternommen werden können. Von deutschen Fliegern stieg Martens mit seinem Apparat "Strolch" auf. In kurzen Kurven stieg er etwa in 150 Meter Höhe auf und landete nach 20 Minuten Flugdauer unter Jurafüllung einer Strecke von 5,8 Kilometer. Auch mehrere österreichische Flieger erzielten mit ihren Apparaten eigene Konstruktion bemerkenswerte Erfolge.

### Märkte.

**Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großenhain.** Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 18. Oktober 1923:

(Millionen Mark) Weizen 6,5 — 6,7, Roggen 6 — 6,3, Hafer 4,8 bis 5, Sommergerste 5,8 — 6,3, Fleis 3,5, Rogen- und Weizenstroh 140—150 Millionen, Hes 180—200 Millionen, Kartoffeln 1,5 — 2 Millionen, Weizenmehl 70%, 13, Roggengemehl 70%, 11, Rübenmehl 85%, 10. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Dresdner Schlachtmarkt vom 15. Oktober. Auftrieb:

1. Rinder: 80 Schafe, 22 Kühe, 74 Kalben und Rühe; 2. 100 Rinder; 3. 120 Schafe; 4. 181 Schweine. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, die nicht auf den Markt gestellt: 25 Rinder, 20 Küder, 41 Schafe, 174 Schweine. Preise in Millionen Mark für 1/2 Kilogramm für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 800 (545 454), 2. junge Fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 270 (519 615), 3. männig genährt junge, gut genährt ältere 240 (510 639), 4. gering genährt jeden Ulters 190 (475). Kühe: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchste Schlachtwertes 300 (517 241), 2. vollfleischige jüngere 270 (490), 3. männig genährt jüngere und gut genährt ältere 240 (461 588), 4. gering genährt 190 (422 222). Kalben und Rühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Küder höchste Schlachtwertes 300 (545 454), 2. vollfleischige, ausgemästete Rühe höchste Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 270 (519 615), 3. ältere ausgemästete Rühe und gut entwölzte jüngere Kühe und Kalben 250 (555 550), 4. gut genährt Rühe und männig genährt Küder 200 (500), 5. männig und gering genährt Rühe und gering genährt Küder 150 (441). Küder: 1. Doppellender, 2. adulte Mast- und Saugkübel 270 (435 555), 3. mittlere Mast- und gute Saugkübel 250 (416 666), 4. geringe Küder 220 (400). Schafe: 1. Weißfleischige und schwarze Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 890 (500), 2. Schwarzwildschwein 400 (500), 3. Weißfleischige 350 (466 667), 4. gering entwölzte 250 (347 148), 5. Sauen und Über —, 6. Sotomier 1 bis 1,1 Milliarde (1 294 100 000). Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Kühe und schicken sämtliche Speisen des Handels ab Stall, Frachten, Märkte und Verkaufsstellen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich alle wesentlich über die Stallpreise. Denkmale des Marktes: Geschäftsgang bei Rindern steht, bei Küfern, Schafen und Schweinen steht. Neben-

ständig festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin: per 50 kg ab Station vom 15. Oktober. (Preise in Millionen Mark.) Weizen märktlicher 6800—7000. Mutter. Rogen, märktlicher 6100 bis 6300. Ruhig. Gerste, Sommergerste 6200—6400. Schäufel. Hafer, märktlicher 4800—5000. Mutter. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inlf. Sud 19000—28000 (steife Marken über Notiz). Ruhig. Rogenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inlf. Sud 17500—21500. Schäufel. Weizenkleie frei Berlin 2100—2000. Mutter. Rogenkleie frei Berlin 2100—2000. Mutter. Bittere, Gerste, Getreide 18000—19000, kleine Speisekerne 12000 bis 15000. Rapsflocken 4000—5750.

### Wechselpreise im Freiberfehr vom 15. Oktober bis abends 5 Uhr.

Holland (1 Gulden) 1950 DM. Dänemark (1 Krone) 878,75 DM. England (1 Pf. Silz) 22500 DM. Amerika (1 Dollar) 4975 DM. Schweiz (1 Franken) 890 DM. Frankreich (1 Franc) 802 DM. Italien (1 Lira) 224 DM. Österreich (1 Krone) 70000 Mark. Griechen-Sizilien (1 Krone) 148 DM.

## Amtliches.

Der Mühlenspänner Frey Pinnow in Canitz beabsichtigt, in der Mühle in Canitz an Stelle des alten Wasserrades eine neue Francis-Turbine mit lebhafter Welle einzubauen.

Etwasige Einwendungen gegen dieses Bauvorhaben sind binnen zwei Wochen schriftlich bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft anzubringen.

Dasselbe können auch die Bezeichnungen und Erläuterungen über das Bauvorhaben eingesehen werden.

Ortsamt, am 15. Oktober 1923.

### Die Amtshauptmannschaft.

#### Jahrmarkt.

Der zweite diesjährige Jahrmarkt findet am 21., 22. und 23. Oktober 1923 statt.

Er beginnt am 21. Oktober mittags 12 Uhr und endigt am 23. Oktober mittags 12 Uhr.

Das Auslegen und Verkaufen von Waren ist am 21. Oktober nur bis abends 6 Uhr und am 22. Oktober nur bis abends 10 Uhr zulässig.

Die Marktordnung der Stadt Niesa vom 29. März 1912, deren Bestimmungen genau zu beachten sind, liegt in je einem Druckstück in der Polizeiwache, im Gasthof zum Kronprinz, in der Restauratur zur Burg und im Gasthof zum Stern zur Einsichtnahme aus.

Der Rat der Stadt Niesa, am 15. Oktober 1923. U.

**Die diesjährige Weidennutzung** wird gegen Höchstgebot verpachtet. Gebote sind schriftlich bis zum 20. Oktober einzureichen.

Rittergutsverwaltung Hirschstein

Vorstand bei Niesa.

Der Amtshauptmannschaft.

Der Amtshauptmannschaft.